

Bewegt euch!

Die Zivilgesellschaft als Treiber
der Dekarbonisierung



April 2019_37.Jahrgang_ISSN 0933-5722_B 8400 F

oekom e.V.
Bewegt euch!

Die Zivilgesellschaft als Treiber der Dekarbonisierung

ISBN 978-3-96238-112-7

144 Seiten, 16,5 x 23,5 cm, 17,95 Euro

oekom verlag, München 2019

©oekom verlag 2019

www.oeconom.de

Zivilgesellschaftlicher Protest und seine Wirkung

Es liegt was in der Luft

Die Anti-Kohle-Bewegung ist in den letzten Jahren breiter, radikaler und sichtbarer geworden. Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema hat mit dem Hitzesommer und den Räumungen im Hambacher Forst stark zugenommen. Mit der Kohlekommission wurde nun ein entscheidender Meilenstein erreicht, Proteste sind aber auch künftig zu erwarten.

Von Jana Bosse

Seit Jahrzehnten engagieren sich Menschen vor Ort in Bürgerinitiativen und Bündnissen gegen die Kohleförderung und -verstromung. Zunehmend werden sie dabei von Wissenschaftler(inne)n, Stiftungen, NGOs und Klimagruppen unterstützt. Die Ansatzpunkte sind so vielfältig wie die Akteurinnen und Akteure. Während Verbände wie die Deutsche Umwelthilfe und die Grüne Liga gegen den weiteren Betrieb von Kraftwerken klagen (vgl. S. 65 ff.), setzen sich Anwohner(innen) gegen Enteignung zur Wehr. Fossil-Free-Gruppen rufen zum Kapitalabzug aus fossilen Unternehmen auf (vgl. S. 86 ff.), Klimagruppen bauen Baumhäuser, besetzen Bagger und Kohlegleise. Gemeinsam gehen sie auf die Straße, bilden Menschenketten und demonstrieren. Damit ist es ihnen gelungen, das Wort Kohleausstieg medial zu platzieren und auf die politische Agenda zu setzen. Die Einberufung der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) ist ein Meilenstein und verdeutlicht, dass dieser Protest politische Wirkung zeigt. Anfang 2019 sprechen sich fast zwei Drittel der Bevölkerung für einen möglichst raschen Kohleausstieg aus. (1)

Zwei Faktoren sind maßgeblich für diesen Erfolg: die wachsende Aufmerksamkeit für die Klimakrise und die gute Vernetzung der Anti-Kohle-Akteurinnen und -Akteure (vgl. S. 107 ff.). Die lange Tradition des lokalen Widerstands und die zunehmende wissenschaftliche Unterstützung bereiteten den Weg für radikalen Protest (vgl. S. 17 ff.). Der nationale und internationale Diskurs um die Klimakrise machte Kohle als Thema für NGOs und Klimagruppen kampagnenfähig. Mit dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 wandten sich Klimagruppen den lokalen Ursachen der Klimakrise zu. 2010 und 2011 begannen Aktivist(inn)en im Lausitzer und im Rheinischen Kohlerevier Camps zu organisieren und für einige Tage einen Gegenentwurf zu errichten zum kapitalistischen Extraktivismus, dem profitgetriebenen Raubbau an der Natur. Sie vernetzten sich mit Betroffenen, informierten über die klimaschädliche Kohleindustrie und starteten Aktionen. Oft arbeiteten sie dabei eng mit NGOs und Umweltverbänden zusammen (vgl. S. 37 ff.). Die Menschenkette 2014 in der Lausitz mit mehreren tausend Teilnehmenden ist nur ein Beispiel dafür, wie lokaler Protest, Klimacamp, Klimagruppen und NGO-Mobilisierung zusammenwirken. Politische Stiftungen ergänzen die Proteste durch die Publikation von Informationsmaterialien und wissenschaftlichen Studien. Sie liefern damit die Argumentationsgrundlage für den Kohleausstieg und die Verfügbarkeit von erneuerbaren Alternativen. Vor dem Hintergrund nationaler wie auch internationaler Debatten um die zunehmende Dringlichkeit der Klimakrise finden die Forderungen der Anti-Kohle-Bewegung immer mehr Gehör. Diese öffentliche Aufmerksamkeit unterscheidet sie auch von anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen.

Der Protest zeigt Wirkung

Die Allianz aus engagierter Wissenschaft, NGOs und Klimagruppen ist weder neu noch auf das Thema Kohle beschränkt. Die großen Proteste gegen Castortransporte, Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP, aber auch der Widerstand gegen die Grüne Woche als Symbol der industriellen Landwirtschaft sind Beispiele solcher Bündnisse. Ihr Gelingen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Protest gesellschaftliche Resonanz erzeugt. Gleichzeitig stellen Bündnisse eine Herausforderung dar: Die Akteurinnen und Akteure müssen die Verschiedenheit ihrer Forderungen und Aktionsformen aushalten und gegebenenfalls auch gegen Kritik verteidigen.

Gegen den erfolgreichen Anti-Kohle-Protest regt sich auch Widerstand. Die Geschichte der Braunkohleförderung reicht in Deutschland bis ins 17. Jahrhundert zurück. Die lange Tradition vor Ort und die Bedeutung der Kohle für die Stromversorgung prägen den anderen Teil der Auseinandersetzung. Auch hier gibt es Allianzen, die sich immer deutlicher zu Wort melden. Arbeitnehmer(innen) protestieren für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, Gewerkschaften wie die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) warnen vor einem zu schnellen Kohleausstieg. Sie betonen, dem Ausstieg aus der Kohle müsse ein Strukturwandel mit Perspektiven für die Beschäftigten sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien vorausgehen. Energiekonzerne setzen sich für den Weiterbetrieb ihrer abgeschriebenen Kraftwerke ein und lassen sich die Stilllegung durch Abschaltprämien vergolden.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Kohle hat sich in den letzten Jahren verschärft. Während Aktionen zivilen Ungehorsams schon lange zum Repertoire der Bewegung gehören, erhielt sie mit den Massenaktionen des Bündnisses Ende Gelände seit 2015 eine neue Sichtbarkeit. Darauf reagieren IG BCE und Betreiber-Konzerne mit einer zweigleisigen Strategie. Sie setzen einerseits alles daran, die Aktivist(inn)en durch Öffentlichkeitsarbeit, Plakatkampagnen und YouTube-Videos als gewaltbereite Gesetzesbrecher(innen) darzustellen und ihren Protest zu delegitimieren. Andererseits versuchen sie, die gesellschaftliche Mehrheit durch die Warnung vor ausgehenden Lichtern sowie den Risiken und Kosten eines raschen Kohleausstiegs für ein „Weiter so“ zu gewinnen.

Der Ausstiegs-Poker

2018 erreichte die Auseinandersetzung um die Kohle einen vorläufigen Höhepunkt. Der ungewöhnlich heiße Sommer, Waldbrände, Niedrigwasser im Rhein und Diskussionen über den Beginn einer neuen „Heißzeit“ führten zu einer besonderen medialen Aufmerksamkeit für die klimawandelbedingte Zunahme von Wetterextremen. In dieser aufgeheizten Stimmung sollte die Kohlekommission einen Kompromiss für den Kohleausstieg finden.

Die Tagebaubetreiber halten währenddessen ostentativ an ihren Planungen fest. So lässt das tschechische Energieversorgungsunternehmen EPH – der Konzern, der die Tagebaue bei Leipzig und in der Lausitz betreibt – die Entscheidung über

„Energiekonzerne setzen sich für den Weiterbetrieb ihrer abgeschriebenen Kraftwerke ein und lassen sich die Stilllegung durch Abschaltprämien vergolden.“

den Neuaufschluss des Lausitzer Tagebaus Welzow Süd II bis 2020 offen. Und im Rheinland sah sich RWE im Herbst 2018 im Recht, weitere Rodungen im Hambacher Forst vorzubereiten. Beide zementieren damit öffentlich einen Anspruch auf Tagebauflächen für die Kohleförderung, der keinesfalls gesichert ist. Schließlich widerspricht er den europäischen und internationalen klimapolitischen Verpflichtungen der Bundesregierung. Auch sind in beiden Fällen Verfahren anhängig, über die Gerichte noch zu entscheiden haben (vgl. S. 96 für eine Übersicht über weitere offene »Klimaklagen«).

Rückendeckung erhalten die Betreiber von ihren Landesregierungen. Während Studien zeigen, dass die Rodung des Hambacher Forsts für den Weiterbetrieb der Kraftwerke nicht notwendig ist (2), veranlasste das Land NRW trotzdem auf Betreiben von RWE die Räumung des Waldes von den Baumhäusern der Aktivist(innen). Dem Druck der Ost-Ministerpräsidenten, insbesondere Brandenburgs und Sachsens, ist nicht nur die Änderung des Zeitplans der Kohlekommission, sondern auch die völlige Unverbindlichkeit des ostdeutschen Kohleausstiegs im Endbericht der Kommission zu verdanken. Strategisch soll so der Kohleausstieg verzögert und der Preis dafür in die Höhe getrieben werden. Dies gilt sowohl für die Tagebaubetreiber, die ihr Geschäftsmodell nicht ohne Entschädigung aufgeben möchten, wie für die Landespolitik, die den Strukturwandel mit möglichst großer finanzieller Unterstützung gestalten möchte.

Allerdings stößt dieses Pokern zunehmend an die Grenzen gesellschaftlicher Akzeptanz, wie das Beispiel des Hambacher Forsts deutlich macht. Der Räumungseinsatz wurde zum medialen Bumerang. Kritik kam nicht nur von der Anti-Kohle-Bewegung, sondern auch von ungewöhnlicher Seite wie der Gewerkschaft der Polizei, die die Kosten für den Einsatz für unverhältnismäßig hielten. Vor dem Hintergrund einer Kohlekommission, die den Fahrplan des Kohleausstiegs gestalten sollte, wurden

die hohen sozialen und Umweltkosten eines „Weiter so“ nicht mehr akzeptiert. Die Proteste erreichten neue Ausmaße und die Börse reagierte. Zahlreiche Analyst(innen) führten den Absturz der RWE-Aktie auf den Imageverlust durch die Räumungsaktivitäten zurück – eine Schlussfolgerung, die RWE vehement, aber wenig erfolgreich zurückwies.

Während öffentlich also der Preis für den Ausstieg nach oben getrieben wird, zeigt ein genauerer Blick, dass es für die Konzerne schon lange kein „Weiter so“ mehr gibt. Vattenfall verkaufte 2016 die Tagebaue und Kraftwerke in der Lausitz, da der Konzern neben dem Imageschaden hohe Verluste befürchtete. (3) Der neue Betreiber EPH steht im Verdacht, die Gewinne einzustreichen und sich durch windige Geschäftsmodelle der Folgekosten zu entziehen. (4, 5) Im gleichen Jahr gründete RWE die Tochtergesellschaft Innogy, um das eigene Energiegeschäft neu zu organisieren und stärker auf erneuerbare Energien auszurichten.

Kompromiss, aber kein Konsens

Mit den Kommissionsergebnissen ist die Auseinandersetzung um die Kohle in eine neue Phase eingetreten. Kommissionen sind für soziale Bewegungen oft schwierig, da sie das Ziel haben, gesellschaftliche Konflikte zu befrieden und das Potenzial bergen, Bewegungskoalitionen langfristig zu demobilisieren. Dies zeigen beispielsweise die Erfahrungen mit dem Atomausstieg oder den Schlichtungsgesprächen um den Bahnhof Stuttgart21. Während für einige Anti-Kohle-Akteure wie Ende Gelände von vorneherein klar war, dass das Ergebnis der Kommission zur Rettung des Klimas nicht befriedigend sein konnte, saßen NGOs wie Greenpeace und der BUND mit am Verhandlungstisch und stimmten dem Kompromiss nach langen Diskussionen schließlich zu (vgl. S. 51 und S. 61 ff.).

Offen bleibt momentan, welche Auswirkungen dieser Meilenstein auf die Anti-Kohle-Bewegung hat. Einerseits schreibt der Kommissionsbericht den deutschen Kohleausstieg unmissverständlich fest, andererseits hatten Ausstiegsbefürworter(innen) auf raschere und konkretere Schritte gehofft. Dies gilt insbesondere für das zwar wenig entscheidende, aber doch symbolträchtige Ausstiegsjahr sowie für die unkonkrete zweite Ausstiegsphase 2022 bis 2030 und die Tatsache, dass der Aufschluss des Tagebaus Welzow Süd II in Brandenburg nicht ausgeschlossen wurde. Die Aus-

einandersetzungen um den Erhalt der Dörfer und des Hambacher Forsts sind also noch nicht beendet. Für 2019 und bis der Kommissionskompromiss ein verbindliches Kohleausstiegsgesetz gegossen wird, sind noch große Proteste zu erwarten. Die Klimabewegung war in Deutschland in den letzten Jahren vor allem eine Anti-Kohle-Bewegung. Die Auseinandersetzung um die Kohle wurde genutzt, um Netzwerke aufzubauen, Protestformen auszuprobieren und die Öffentlichkeit für den Klimaschutz zu gewinnen. Um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, ist jedoch mehr notwendig als nur der Kohleausstieg. Darauf machen immer mehr und auch neue Akteurinnen und Akteure aufmerksam. Schüler(innen) streiken nach dem Vorbild von Greta Thunberg freitags für den Erhalt ihrer Zukunft, Extinction Rebellion blockiert nun auch in Deutschland Straßen und die Kampagne Ende Geländewagen beschäftigt sich mit nachhaltiger Mobilität. Diese Beispiele zeigen, dass sich die Klimabewegung in den nächsten Jahren thematisch noch verbreitern wird. —————

Anmerkungen

- (1) www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/mehrheit-wuenscht-sich-moeglichst-schnellen-braunkohle-ausstieg/
- (2) Oei, Pao-Yu et al. (2019): Ergebnis vom Kohlekompromiss: Der Hambacher Wald und alle Dörfer können erhalten bleiben, DIW/Berlin.
- (3) Greenpeace (Hrsg.) (2018): Schwarzbuch Vattenfall-Leaks. In den Händen von Zockern.
- (4) Greenpeace (Hrsg.) (2016): Schwarzbuch EPH. Wie ein windiger Investor Politik und Wirtschaft zum Narren hält.
- (5) Greenpeace (Hrsg.) (2017): Schwarzbuch EPH. Bilanz nach 100 Tagen LEAG (ein Update).



Was treibt Sie auf die Barrikaden?

Die Tatsache, dass es beim Klimawandel schon lange nicht mehr nur um Eisbären geht.

promovierte an der FU Berlin zur deutschen Umweltbewegung und verfasst Artikel zur Anti-Kohle-Bewegung. Im Juli erscheint ihr Buch „Die Gesellschaft verändern: Zur Strategieentwicklung in Basisgruppen der deutschen Umweltbewegung“ im transcript Verlag.

Zur Autorin

Jana Bosse, geb. 1985, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte. Sie

Kontakt

Jana Bosse
E-Mail jana.bosse@gmx.net